

Staats-Zeitung

Halle'sche Neueste Nachrichten - Handelsblatt für Mittelddeutschland

Erste Ausgabe am Donnerstag, am Sonntag als Feiertag. Die Zeitung enthält in Halle 10 und 1200 Seiten durch die Post bei freier Zustellung monatlich M. 25.00, in den Postgebieten monatlich M. 24.00 monatlich. Die abgesetzten Tages- und Wochenblätter kosten in Halle M. 2.50, in auswärtigen Orten M. 3.00. Refusieren die Abnehmer, so werden die Blätter für M. 8.00 im Voraus bezahlt und M. 10.00 im nachträglichen Verfall. Anzeigen-Gebühren: je nach dem Platz und der Zeit.

Verlags-Redaktion: Halle a. S., Neue Promenade 17. Druckerei: Buchdruckerei „Gammeler“, Halle a. S., Große Poststraße 17. Druckerei: Buchdruckerei „Gammeler“, Halle a. S., Große Poststraße 17. Druckerei: Buchdruckerei „Gammeler“, Halle a. S., Große Poststraße 17.

Die Antwort des Reparationsausschusses

Entgegenkommen, aber kein Aufschub der Julizahlung / Der englisch-französische Gegenstoß / Hin- und Herbewandern des Marktkurses / Ruhigere Auffassung der innerpolitischen Spannung.

Um das Moratorium.

Rach immer Worte statt Taten.

Es ist geradezu kläglich, daß die Reparationskommission, trotzdem die Mehrheit ihrer Mitglieder selbst vollaus einsteht, daß Deutschland das Wasser schon bis am Hals steht, in ihren Beratungen sich nicht zu einem klaren und befreienden Beschluß aufzuschwingen vermag, sondern immer noch kontrolliert, prüft, vertagt, kurz und gut Worte statt Taten tut. Wie läßt sich dies an die französische Hartnäckigkeit anknüpfen. Immerhin geht aus einer Samsonade hervor, daß diese Hartnäckigkeit doch nicht soweit geht, sich zu einer offenen Ablehnung der deutschen Forderungen aufzukommen. Zweifelloser wird nach Lage hin- und herbehandelt werden, aber die Ausschüsse auf Bewilligung eines Moratoriums bestern sich. Welche Bedingungen freilich daran geknüpft werden, steht auf einem anderen Blatt. Frankreich und Belgien scheinen darin nicht eben Bescheiden sein zu wollen.

Die Julirate muß bezahlt werden.

Paris, 13. Juli. Die Reparationskommission trat heute nachmittag um 4 Uhr zu einer Sitzung zusammen, um die von Dubois vorbereitete Antwort auf das Gesuch der deutschen Regierung wegen Bewilligung eines Moratoriums zur Kenntnis zu nehmen. Die Note, welche der deutschen Regierung übermittelt wurde, hat folgenden Wortlaut:

Die Reparationskommission hat die Ehre, der Kriegslastentommission den Empfang des Moratoriums vom 12. Juli zu bestätigen und behält sich vor, dieses mit der ganzen Aufmerksamkeit zu prüfen, die der Ernst der darin geschuldeten Lage erfordert. Doch ist sie überzeugt, daß die für Reparationen erhaltenen Zahlungen nur eine und nicht die wesentlichste Ursache der gegenwärtigen Marktentwertung darstellen, und daß man endgültig den letzten Zustand nur durch Verwirklichung von Finanzreformen schaffen könnte, wie sie seit langem von der Reparationskommission gefordert wurden. Solange der Bericht des Garantiekomitees über die Durchführungen dieser Maßnahmen der Reparationskommission nicht zugegangen sein wird, kann diese keine Entscheidung treffen. Angesichts der Dringlichkeit des Problems glaubt sie aber eine Entschädigung fällen und diese der deutschen Regierung noch vor dem 15. August bekanntgeben zu sollen.

Was am 15. Juli fälligen Zahlungen betrifft, so erhält die Kriegslastentommission auf das Schreiben vom 11. Juli Nachricht, daß die Höhe dieser Zahlungen unter Berücksichtigung gewisser, Deutschland gutgeheißener Kredite, sich auf 32 107 207 Goldmark und 70 Pfennige bezieht. Dieser Rest, von dem die deutsche Regierung erklärt, ihm der Reparationskommission zur Verfügung zu halten, muß am 15. Juli bezahlt werden.

geg. Dubois. Braddury.

Un erfüllbare Bedingungen?

Berlin, 14. Juli. Wie aus Ententequellen verlautet, wird Frankreich als Hauptbedingung für die Gewährung des Moratoriums die Forderung der sofortigen Einstellung des Banknotendrucks erneuert. Es liegt auf der Hand, daß angesichts des weiteren rapiden Marktkurses diese Forderung ganz unerfüllbar ist und es besteht ebensowenig ein Zweifel, daß Frankreich selbst von der Unmöglichkeit überzeugt ist.

Eine peinliche Frage im Unterhaus.

London, 14. Juli. Lloyd George erklärte gestern im Unterhause auf eine Anfrage, daß die deutsche an die Reparationskommission von England und den anderen alliierten Regierungen in ernsthafter Ermägung gezogen werde. Die Haltung der englischen Regierung gehe dahin, daß es nötig sei, Deutschland einen Zahlungsaufschub zu bewilligen, um ihm zu gestatten, seine Finanzen zu ordnen, im Jodann die nötigen Zahlungen zu leisten. Der Abgeordnete Kennemorthy fragte, was er man im m a n i m e r w a r t e, bis die Katastrophe eingetreten sei, anstatt vorher geeignete Maßnahmen zu treffen. Er erhielt keine Antwort.

Deutschlands finanzielle Ueberlastung.

Die aus den Vereinigten Staaten einlaufenden Meldungen lauten dahin, daß sich die Regierungstreue in der Beurteilung der Lage Deutschlands sehr zurückhaltend zeigen, daß aber die Anteilnahme der Öffentlichkeit dagegen im Maßsen begriffen sei. Der Vorislog Poincarés, die deutschen Verpflichtungen herabzusetzen, wenn England die französischen Schulden freisetzt, wird als Eingeständnis Frankreichs betrachtet, daß die deutschen Verpflichtungen zu hoch seien. Es habe drei Jahre gebaut, schreibt die „New York World“, bis diese Tatsache anerkannt worden sei, aber nun sei dies endlich geschehen. Nach dem Korrespondenten

des „Daily Telegraph“ ist die gesamte Öffentlichkeit der Vereinigten Staaten von der finanziellen Ueberlastung Deutschlands überzeugt. Es seien gute Anzeichen dafür vorhanden, daß die Amerikaner zum ersten Male zu erkennen beginnen, daß die finanzielle Entwicklung Europas ihre eigenen Interessen berührt.

Unser Binnunger.

Die neuen Feuerungsstellen in Deutschland haben dazu geführt, daß auch die Mitglieder der Internationierten Kontrollkommission in ihren Bezirken erhöht worden sind. Ein Gemeiner erhält jetzt statt wie bisher 10 000 M. monatlich 15 000 M., d. h. jährlich zwölf wie ein Ministerialdirektor. Natürlich fehlen diese Beträge. Der ostpreussische General erhält monatlich 103 000 Mark statt wie bisher 71 950 M. Dazu tritt noch die Löhnung, die die Mitglieder zu erhalten haben. Alles das muß Deutschland zahlen. Selbst die römischen Provinzialen haben ihre Provinzen nicht so ausgegaut, wie die Entente jetzt das wehrlose Deutschland.

Das Hungerelend in Rußland.

Rannibalismus.

Genf, 14. Juli. Das Hilfskomitee Dr. Naniens veröffentlicht einen Bericht über die trostlose Lage in der Ukraine. Tausende von Hungerleidenden aus dem Hungergebiet nach Kiew, wo sie mehr beherbergt werden können, nach Nahrungsmitteln finden, so daß die Unglücklichen auf den Straßen sterben. In Charkow ist die Lage noch trostloser. Zahllose Kinder irren umher, ohne daß sich jemand um sie kümmert, bis sie zusammenbrechen und sterben. In Odessa ist die Zahl der Toten so groß, daß eine Anzahl Männer tagelang mit dem Begräbnern der Leiden beschäftigt ist. Nicht nur Leiden sondern auch Lebendige werden von den Hungerenden gefressen. Der Rannibalismus hat einen so großen Umfang angenommen, daß die Behörden nicht mehr einschreiten können. In vielen Dörfern haben die Bauern die Strohdächer verzehrt. Das Gebiet zwischen Odessa und Kiew, das früher eine der fruchtbarsten Gegenden Rußlands war, ist vollkommen verödet.

Zum Jahrestag der Reichsverfassung.

Ein demokratischer Aufruf.

Der Vorstand der deutschen Demokratischen Partei erklärt folgenden Aufruf zum Jahrestag der Reichsverfassung: „Am 11. August dieses Jahres führt sich der Tag, an dem die Verfassung des Deutschen Reiches von Weimar geschöpfliche Kraft erlangte.“

Wiel angefeindet von rechts und links, ist und bleibt die Weimarer Verfassung das staatsrechtliche Gebäude, in dem das deutsche Volk und alle seine Teile in Zukunft wohnen werden. Die selbige Verfassung ist ein Symbol der Freiheit, der Selbstverantwortung und der freigeählten Staatsbürgerpflicht eines Volkes.

Die Weimarer Verfassung und die ihr zugrunde liegenden Ideen der Demokratie, der Republik, der Staatsbürgerlichen Selbstverwaltung und Selbstbestimmung haben das Deutsche Reich in schwerster Stunde zum Leben erhalten. Feindlicher Verschwörungswille ist daran ebenso gescheitert wie die Nörgelerei derer, die das Reich bis an den Rand des Abgrundes geführt. So soll es bleiben!

Die Deutsche demokratische Partei ist wohl zunächst dazu berufen, zu einer solchen Feier des Reiches und des Reichsgedankens aufzufordern. Sie kann mit Stolz sagen, daß die deutsche Verfassung aus tiefster Not befreit ist von dem Schutze der Ideen und Bürgerutenden, die die deutsche Demokratie vertritt und pflegt.

Wir fordern deshalb auf, am Freitag, den 11. August 1922 - oder wo das nicht möglich - am Sonntag vorher - oder nachher, in allen Städten und Orten Verfassungsfeiern zu veranstalten. In Anknüpfung an die Kämpfe für die deutsche Einheit und Freiheit der Vergangenheit und Gegenwart soll in diesen Verfassungsfeiern ein neuer Schwur zum Reich und zu seiner Zukunft abgelegt werden. In erster Linie erwarten wir von unseren Parteifreunden und Parteiorganisationen, daß sie solche Verfassungsfeiern anregen, veranstalten und durchführen. Aber die Veranstaltungen sollen so gehalten sein, daß sie allen Freunden des Reichsgedankens, allen Freunden demokratischer Freiheit Gelegenheit geben, sich zu beteiligen.“

Heutiger Stand des Dollars 472.

Zur politischen Lage.

Von Oberbürgermeister Dr. Käß, M. d. R.

Deutsche Volkspartei und internationaler Kredit.

Die Entwicklung der Dinge in den letzten Tagen zeigt immer mehr die schmerzliche Erscheinung, daß die Sozialdemokratie in ihrer breiten Anhängererschaft psychologisch noch nicht so weit gefunden ist, daß sie die wirksame Maßnahme zum Schutze der Republik durchzuführen imstande wäre: die Verbreiterung der Regierung durch die unabhängigen und Deutschen Volkspartei. Bist mehr als alle Schutzmäßige würde eine solche Maßnahme die meisten Volkstreue unmittelbar und in verantwortlicher Weise mit dem Schicksal der deutschen Republik politisch verbinden und in den Dienst des demokratischen Gedankens einprägen. Bei den Massen überwiegt die sozialistische Klassen tendenz, und die Führer haben nicht die Macht, dies nicht immer den Mut, diese große ausschlaggebende Aktion zum Schutze der demokratischen Republik den Massen als eine notwendige Maßnahme begreiflich zu machen und mit entschlossener Tat durchzuführen. Die frühere Haltung der Deutschen Volkspartei macht ihre Ablehnung als Regierungspartnerin durch die Sozialdemokratie bis zu einem gewissen Grade verständlich, aber doch eben nur bis zu einem gewissen Grade; denn das große Ziel unserer staatlichen Entwicklung ist es, die bisher der Republik innerlich und äußerlich ablehnend gegenüberstehenden Volkstreue mit der Republik auszusöhnen und sie zu Mitträgern der Staatsordnung zu machen. Eine Deutsche Volkspartei, die unter Führung von ihrer früheren intransigenten Haltung klar und endlich den Boden der heutigen Staatsordnung tritt, darf man nicht aus Gründen sozialistischer Parteizucht von der Teilnahme an der Regierung ausschließen, sonst zeigt man, daß einem weniger an der Erreichung eines demokratisch-republikanischen Blods in Regierung, Parlament und Volk, als an einer Verhängung der Parteimacht gelegen ist.

Wirtschaftliche Politik könnte zunächst auf den Gebanten kommen, erst einmal die Verbreiterung der Regierung nach links durch die Unabhängigen durchzuführen und die Hinzunahme der Deutschen Volkspartei einem späteren Entwicklungsstadium zu überlassen. Eine solche Maßnahme würde aber gerade jetzt eine unüberwindliche Sünde gegen die außenpolitische Kernunft sein. Die einzige wirtschaftliche Rettungsmöglichkeit für uns liegt in der Erzielung eines internationalen Kredits. Die Notwendigkeit eines mehrjährigen Aufschubs weiterer Zahlungen hat sich ja glücklicherweise bei der Entente durchgesetzt; aber selbst wenn dieser Aufschub unter erträglichen Bedingungen notwendig endgültig gewährt werden würde, ist damit allein noch nicht geholfen. Ein aktives Eingreifen in Form von Gewährung einer Antleihe muß hinzukommen. Eine Antleihegewährung wird aber nur gegenüber einem Deutschland zu erwarten sein, das dem Auslande kreditwürdig erscheint. Die bisherigen drei Katastrophen der deutschen Mark hatten außenpolitische Ursachen: Beginn der Reparationszahlungen, Londoner Ultimatum, oberösterreichische Verwirrung. Der jetzige Sturm hat in der politischen Krise ein neues Element an Athenau als innerpolitische Verwerfungsgegenstände. Nur eine auf breiter Grundlage aufgestellte Koalition vermag dem Auslande gegenüber den verheerenden Eindruck dieser Tat auszugleichen. Eine bloß nach links durchgeführte Verbreiterung der Regierung nimmt uns in dem nun einmal kapitalistisch orientierten Auslande den letzten Rest von Vertrauen der kapitalsträchtigen Kreise, die ganz naturgemäß gegenüber einer deutschen Regierung die äußerste Vorsicht walten lassen, deren Hauptbestandteil aus kapitalistischen Kräften besteht. Alle diese Dinge liegen so klar, daß sie selbst ein sehr parlamentarischer Haushalter auf dem Gebiete außenpolitischer Intellekts erkennen müßte. Leider ist es aber nicht überall der Fall. Die angeblich unpolitischen Gewerkschaften haben mit ihrem ultimativen Verlangen der Aufnahme der Unabhängigen in die Regierung eine unglückliche außenpolitische Torheit begangen. Auch in den politischen Kreisen dieses Vorgehens der Gewerkschaften ist zu bedauern. Gerade für die Demokratie ist jede Nebenregierung unerträglich, gleichviel, ob sie von einer Hofkammer oder einer einzelnen Gesellschaft oder Gewerkschaft kommt, ob sie offen oder mittelbar ausgeübt wird. Keine Regierung und kein Parlament kann sich dem Diktat von Kräften weigern, die außerhalb stehen.

Der Reichstagler wird in der Behandlung des gegenwärtigen Regierungsproblems zeigen können, ob er zu einem wirklichen Staatsmann von Führerqualitäten herausgemacht, oder ob er nur ein politischer üblicher Ausmaß ist. Bei der Behandlung des Gesuches zum Schutze der Republik hatte er leider Stunden, in denen er die staatsmännlichen Qualitäten von politischem Draufgängerum völlig überwandern ließ, so nur allem bei seinem scharfen Vorgehen gegen die Bannereiche Volkspartei und damit gegen die bannereiche Volkstimung überhaupt. Vom Reichstagler hätte man in dieser Lage die Rede erwarten müssen, daß im späteren Verlauf aus seinem staatsmännlichen Empfinden heraus der bannereiche Finanzminister Hamm im Reichstage hielt. Dessen Rede war ganz abgestimmt auf Ausgleich, Versöhnung und Entwicklung, nicht aber auf Kampf. Hamm zeigte mit seiner Rede, daß Demokratie letzten Endes nur etwas für seine Kräfte ist und nicht für große Kräfte von der Art, wie sie seine Redezeit umstanden. Zu

Den vorhandenen Spannungsmomenten ein neues zwischen Reich und Bayern im gegenwärtigen Augenblick unnötig einzuführen, ist unratsam.

nicht gemindert der Verdrehen gegen das Reich, der Wöhrer Vorverteilung, bei Reich, Brauchpflicht, Gewährung von Eisenbahnkonzessionen und bei verkehrsrechtlichen Gebieten von Straß...

dabei nicht in der Lage, von selber gefassten Beschluß aufzugeben, erfordern vielmehr, für dessen sofortige Durchführung Sorge zu tragen.

Ruhigere Stimmung im Reichstage.

Berlin, 14. Juli. Die heutige Reichstagsungang war offenbar infolge der fassen Stimmung, die die politische zweite Beratung des Gesetzes zum Schutz der Republik bedeutete, erheblich ruhiger verlaufen, als bei der ersten Sitzung. Einmalig trat die Ruhe ein, die seit der zweiten Sitzung des Reichstages nicht mehr eingekehrt ist.

Reichsverkehrsminister Gröner:

Ich bin bereit, bei der Behandlung der anlässlich des Eisenbahnerstreiks Beruhten über dem Gebot der Aufrechterhaltung der Ordnung zu vereinnahmen. Eine allgemeine Annullierung der Eisenbahnverträge im Widerspruch zu den großen Zielen der bestehenden Gesetzgebung.

Neue Spuren der Rathenau-Mörder.

Thale (Harz), 18. Juli. Die vergangene Nacht benutzte die Polizei dazu, um die von mehreren Seiten aufgespürte Spur, die nach dem Harz führt, zu verfolgen. Unter Führung eines Kriminalkommissars jagte eine Abteilung des Kriminalkommando in Gardelegen bei Gardelegen im Automobil über Werfingen, Marienberg, Helmstedt nach Schöningen und von dort nach Thale.

Wandernde Estimos.

Der dänische Polarforscher Anand Knudsen führte beinahe im vorigen Jahre eine Expedition nach dem nordamerikanischen arktischen Arktipel. Das Arbeitsgebiet dieser Expedition erstreckt sich auf die zentralen Inseln des Nordamerikanischen Polararctipels, die eine natürliche Brücke zwischen Grönland und Nordamerika bilden.

Ein Appell der Mutter Rathenaus.

Berlin, 12. Juli. In der Sitzung des Stadtrates lag ein Telegramm der Mutter Rathenaus vor, das lautete: „Im Andenken an meinen Sohn und in seinem Geiste bitte ich Sie, den Hindenburgplatz nicht in „Rathenau-Platz“ umzuwandeln.“

Es bestanden Anzeichen dafür, daß sich in der Gegend der Reichsstadt ein großes Kommando von Kriminalbeamten, eine neue Gruppe, die nach Raibe-Bismark führt, organisiert worden sei.